
G E S C H Ä F T S B E R I C H T

der Entsorgungsgemeinschaft Abfall Berlin-Brandenburg e. V. für das Jahr 2006



Sehr geehrte Damen und Herren,

anhaltend schwierig gestaltete sich auch 2006 die wirtschaftliche Entwicklung der transportierenden Entsorgungsunternehmen in Berlin und Brandenburg. Wenngleich die Änderungen im Ablagerungsrecht Mitte 2005 erhebliche Verschiebungen der Stoffströme bewirkten, die deutschlandweit auch bei Transportunternehmen geändertes oder neues Transportaufkommen generierten, konnte die Mehrzahl der regional ausgerichteten ESA-Mitglieder daran nicht partizipieren. Allerdings gelang es weithin, die erheblichen Kostensteigerungen bei Entsorgungsentgelten bestimmter Abfallarten im Zusammenhang mit dem Wirksamwerden des Ablagerungsverbots Mitte 2005 durch höhere Preise gegenüber den Abfallerzeugern auszugleichen. Infolge der nach wie vor schleppenden Baukonjunktur und wegen des hohen Wettbewerbsdrucks in der Branche gelang vielen Entsorgungsfachbetrieben der ESA lediglich eine Stabilisierung der Marktsituation. Nachhaltige Aufkommens- und Entgeltzuwächse waren im Berichtsjahr leider nicht erzielbar.

Den Mitgliedern der Entsorgungsgemeinschaft Abfall Berlin-Brandenburg e. V. ist es dennoch gelungen, auch das Jahr 2006 erfolgreich zu meistern. Die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb blieb bewährtes und anerkanntes Instrument qualitätsgesicherter Entsorgungspraxis.

Unser Dank gilt wiederum unseren ehrenamtlich tätigen Mitgliedern, die mit ihrer Arbeit aktiv zum Erfolg unserer Gemeinschaft beitragen, aber auch unserem Vertragspartner, der ocontrol Technische Überwachungsorganisation mbH, sowie der Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e.V., die uns in anhaltend hervorragender Qualität wieder engagiert unterstützt haben.

Berlin, im August 2007

Ulrich Schulz
Vorsitzender

Bernd Richter
stellv. Vorsitzender

Thomas Holewa
stellv. Vorsitzender

Inhalt

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2006	5
2. Entwicklungen in der Abfallgesetzgebung und im Gesetzesvollzug	9
3. Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden in Berlin und Brandenburg	10
4. Interessenbündelung der Entsorgungsgemeinschaften	10
5. ESA-Arbeit, Mitgliederbetreuung und Tätigkeit der ESA-Gremien	12

Anlagen

Anlage 1 Einnahmen-/Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 2006	15
Anlage 2 Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2006	17

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2006

Die deutsche Wirtschaft hat in konjunktureller Hinsicht im Jahr 2006 an Dynamik und Profil gewonnen. Das reale BIP übertraf 2006 im Jahresdurchschnitt den Stand des Vorjahres um 2,7%. In der kalenderbereinigten Betrachtung entspricht dies einer Expansion um knapp 3%. Das war nicht nur der größte Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion seit dem Jahr 2000. Die tatsächliche Erzeugung hat damit auch weit stärker zugenommen als das Produktionspotenzial, so dass der Auslastungsgrad deutlich gestiegen ist. Vor dem Hintergrund einer stark expandierenden Weltwirtschaft leistete die Außenwirtschaft mit gut einem Prozentpunkt erneut einen wichtigen rechnerischen Beitrag zum Wachstum. Deutlich größer war 2006 allerdings der Beitrag der inländischen Endnachfrage (1,75 Prozentpunkte). Dies ist vor allem auf die Bruttoanlageinvestitionen zurückzuführen, die sich mittlerweile als zweites konjunkturelles Standbein etabliert haben. Insgesamt gewann der Aufschwung an Eigendynamik. Das spiegelt sich auch in der merklichen Belebung des Arbeitsmarktes wider, der 2006 die konjunkturelle Wende geschafft hat. Zugleich konnte sich die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich aus der Position des konjunkturellen Nachzüglers lösen. Mittlerweile gehen von ihr beachtliche expansive Impulse für den Euro-Raum aus.

Die deutschen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen haben auch 2006 einen wichtigen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum geleistet. In realer Rechnung expandierten sie um 12,5 % und legten damit noch stärker zu als in den beiden Vorjahren. Der kraftvolle Anstieg der Ausfuhren im Jahr 2006 geht vor allem auf das Wachstum der Exportmärkte zurück. Darüber hinaus verbesserte sich im Jahresdurchschnitt 2006 im Vergleich zu 2005 erneut die Preis- und Kostensituation der deutschen Wirtschaft gegenüber den wichtigsten Handelspartnern.

Insgesamt konnten die deutschen Exportunternehmen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Euro-Raums ihre Marktposition kräftig ausbauen. Die realen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen stiegen 2006 im Vergleich zum Vorjahr mit 11% beinahe ebenso kräftig wie die Ausfuhren. Das hängt zum einen damit zusammen, dass der Anteil importierter Vorleistungen bei der Produktion von Ausfuhrgütern relativ hoch ist und tendenziell weiter zunimmt. Zum anderen profitierten die ausländischen Hersteller 2006 vom stärkeren Wachstum der deutschen Binnennachfrage. Die Netto-Energieimporte Deutschlands lagen 2006 trotz des kräftigen Produktionsanstiegs im Inland mengenmäßig geringfügig unter dem Vorjahrsniveau. In jeweiligen Preisen gerechnet belief sich die Zunahme, bedingt durch die erhebliche Verteuerung der Energieträger im Jahresdurchschnitt, auf fast ein Viertel. Der mit dem Preisanstieg für Energieimporte verbundene gesamtwirtschaftliche Kaufkraftentzug betrug 2006 12 Mrd. Euro, und damit 0,5 % des BIP.

Neben dem Außenhandel nahm die Binnennachfrage 2006 erheblich an Fahrt auf. Vor dem Hintergrund der sehr kräftigen Exportkonjunktur und einer guten Stimmungslage in weiten Teilen der Wirtschaft waren insbesondere die Bruttoanlageinvestitionen deutlich aufwärtsgerichtet. Sie wiesen für das Jahr 2006 mit 5,5 % das stärkste Wachstum seit der Wiedervereinigung auf. Die realen Ausrüstungsinvestitionen tendieren bereits seit dem Frühjahr 2004 nach oben. Im Berichtsjahr expandierten sie um 7,25 % und damit so stark wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Die in den vergangenen Jahren betriebenen Restrukturierungen im Produktions- und Absatzbereich haben dafür ebenso den Boden bereitet wie die allgemein positive Entwicklung der Unternehmensgewinne, die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen sowie die reichliche Liquiditätsausstattung. Außerdem blieb der Bedarf an Ersatzinvestitionen groß. Nach dem Investitionstest des ifo Instituts sind sie 2006 aber nicht mehr so dominant gewesen wie noch 2004. Rationalisierungen verloren danach in den letzten Jahren ebenfalls an Gewicht. Auch der Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags vom Herbst 2006 zufolge sind die Ersatzbeschaffungen absolut gesehen nach wie vor das wichtigste Investitionsmotiv. Besonders stark zugenommen hat aber der Anteil der Unternehmen, die angaben, ihre Kapazitäten erweitern zu wollen. Das gilt besonders für die Unternehmen der Industrie und des Baugewerbes. Die Investitionen in sonstige Anlagen, zu denen vor allem selbst erstellte und erworbene Software zählt, waren ebenfalls weiter aufwärtsgerichtet. Zur Beschleunigung bei den Sachinvestitionen hat der Umschwung bei den Bauaktivitäten beigetragen, die erstmals seit 1999 ausgeweitet wurden, und zwar um 4,25 %, nachdem sie 2005 noch um 3,5 % geschrumpft waren. Einiges deutet darauf hin, dass der jahrelange Abwärtstrend der Bauinvestitionen nunmehr ausgelaufen ist. Die zunehmende Bedeutung der Erweiterungsinvestitionen bei den Ausrüstungen hat dazu geführt, dass der Gewerbebau 2006 deutlich besser abschnitt. Der Wohnungsbau wuchs erstmals seit 1999; mehrere Faktoren waren hierfür ausschlaggebend. Zum einen gab es Engpässe in einigen deutschen Ballungszentren. Hinzu kam das vergleichsweise niedrige Zinsniveau. Darüber hinaus erhielt der Wohnungsbau Impulse vom CO₂-Wohnraummodernisierungsprogramm.

Profitiert hat die Bauwirtschaft 2006 auch von der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Die Abschaffung der Eigenheimzulage zu Beginn des Jahres 2006 hat ebenfalls den Wohnungsbau beeinflusst. So waren Ende 2005 die Baugenehmigungen stark angestiegen, was dann im Laufe des Jahres 2006 in Aufträge und Produktion „umgesetzt“ wurde. Auch zur Vermeidung der ab 2007 höheren Mehrwertsteuer wurden mehr Bauleistungen stark in Anspruch genommen. Diese vorgezogenen Wohnungsbauaktivitäten dürften im Jahr 2007 ebenfalls „fehlen“.

Der wirtschaftliche Aufschwung hat im vergangenen Jahr den Arbeitsmarkt erreicht. Sowohl die Beschäftigung als auch die Arbeitslosigkeit wurden zunehmend von der sich verbessernden gesamtwirtschaftlichen Lage beeinflusst. Demgegenüber nahm die Bedeutung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ab. Im Mittel des Jahres 2006 waren nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in Deutschland 39,11 Millionen Perso-

nen erwerbstätig. Das waren 280 000 oder 0,7% mehr als im Vorjahr. Getragen wurde dieser Zuwachs ganz wesentlich von der größeren Zahl sozialversicherungspflichtiger Stellen (+ 0,5%).

Neben dem vorteilhaften konjunkturellen Umfeld dürfte auch die zur Jahresmitte in Kraft getretene Anhebung der pauschalen Abgaben für sogenannte Mini-Jobs dazu geführt haben, welche die Attraktivität dieser Beschäftigungsform gegenüber sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen reduziert haben dürfte. Aus sektoraler Sicht waren die Dienstleistungsbereiche Träger des Beschäftigungsaufbaus (+ 1,3%). Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau verlangsamte sich der Personalabbau deutlich (- 1,0%), im Baugewerbe kam er praktisch zum Stillstand (- 0,4%). Weil aber die Arbeitnehmerüberlassung, in deren Bereich die Beschäftigung besonders stark expandierte, zur Gänze den Dienstleistungen zugerechnet wird, wird die Beschäftigungsentwicklung im tertiären Sektor etwas überzeichnet und im sekundären Sektor dementsprechend unterzeichnet. Die Zahl der von der Arbeitsagentur geförderten Erwerbstätigen ist im vergangenen Jahr insgesamt leicht zurückgegangen. Dabei kam es zu Verschiebungen weg von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der Förderung der Selbständigkeit hin zu Eingliederungszuschüssen und Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs). Der Rückgang der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit hat sich im Jahresverlauf 2006 verstärkt. Waren nach der Einbeziehung der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger Anfang 2005 zunächst überwiegend arbeitsmarktpolitische Gründe für den danach einsetzenden Rückgang verantwortlich, überwog im vergangenen Jahr die steigende Arbeitskräftenachfrage. Im Jahresdurchschnitt waren 4,49 Millionen Personen als beschäftigungssuchend gemeldet. Damit wurde der Vergleichswert aus dem Jahr 2005 um 375 000 unterschritten. Die amtliche Arbeitslosenquote verringerte sich von 11,7% auf 10,8%. Zu dem Rückgang der Arbeitslosigkeit haben neben der steigenden Beschäftigung auch demographische Effekte beigetragen. Die Zahl der Erwerbspersonen verringerte sich gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2005 um 180 000.

Trotz der konjunkturellen Belebung ist das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Deutschland weiterhin inakzeptabel hoch, und es ist auch nicht zu erwarten, dass wirtschaftliches Wachstum alleine die Probleme des deutschen Arbeitsmarktes lösen wird. Durch die Reformen der letzten Jahre wurden zwar wichtige Schritte hin zu einem Abbau der strukturellen Probleme getan (Freigabe der Leiharbeit, Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I, Überführung der einkommensabhängigen Arbeitslosenhilfe in das pauschalierte Arbeitslosengeld II). Weitere Reformen am Arbeitsmarkt zur Verbesserung der Anreizstrukturen und zur stärkeren Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes sind jedoch erforderlich.

Die Länder **Berlin und Brandenburg** bilden inzwischen einen festen gemeinsamen Wirtschaftsraum. Vielfältige Verflechtungen der Wirtschaftstätigkeit in der Region – Unternehmenskooperationen, Pendlerverflechtungen, Kooperationen im Technologiebereich – machen eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftspolitik unabdingbar. Auch wenn dieser Prozeß nicht völlig reibungslos verläuft, stärken gemeinsame

wirtschaftspolitische Anstrengungen den gesamten Wirtschaftsstandort und damit per Saldo auch die ansässigen Unternehmen.

Die Wirtschaft in **Berlin** hat sich 2006 besser und stabiler entwickelt als noch Ende 2005 erwartet worden war. Während sich das Jahr 2005 konjunkturell noch zweigeteilt zeigte – einer eher schwachen ersten Jahreshälfte folgten sechs wachstumsstärkere Monate –, erwies sich die Entwicklung in 2006 von Beginn an als stetig positiv. Dieser positive, über das gesamte Jahr hinweg reichende Trend, sorgte dafür, dass die Berliner Wirtschaft im Jahr 2006 ein reales Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,9 % erreichen konnte. Maßgeblich für die positive Entwicklung in Berlin war die deutschlandweite konjunkturelle Belebung.

Die verbesserte konjunkturelle Lage in 2006 konnte erstmals seit Jahren auch den Berliner Arbeitsmarkt beleben. So stieg nicht nur die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin um 1,6 % bzw. 24.700 Personen an, sondern seit Mai 2006 auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin ist 2006 im Jahresdurchschnitt im Vergleich zum Vorjahr von 1.019 Mio. auf 1.025 Mio. gestiegen (+ 7.000 oder + 0,7 %). Während im Jahr 2005 – insbesondere infolge der Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für Erwerbsfähige zur neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende – die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen im Vorjahresvergleich anstieg, reduzierte sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahr 2006 wieder. Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosenzahl 2006 mit rd. 293.500 um rd. 25.700 Arbeitslose niedriger als in 2005 (rd. 319.200).

Neben der konjunkturellen Belebung waren es auch im Jahre 2006 die arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen, die die positive Veränderung der Erwerbstätigenzahl mitbestimmten, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie noch 2005.

Für das Jahr 2007 wird mit einer Fortsetzung der günstigen konjunkturellen Entwicklung gerechnet. Die Unternehmen der Region sehen sowohl ihre Lage als auch ihre Zukunft ausgesprochen positiv.

Im Land **Brandenburg** wurde 2006 ein nominales BIP von 49,5 Mrd. € erwirtschaftet. Gegenüber der schwachen Entwicklung von 2005 konnte damit eine Steigerung um +3% erreicht werden. Das reale BIP erhöhte sich 2006 nach der neuen Berechnungsmethode in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung preisbereinigt verkettet um +1,9% im Vergleich zum Vorjahr. Bezogen auf das Jahr 2000 stieg der Wert der erwirtschafteten Güter und Dienstleistungen um 2,7 Prozentpunkte.

Trotz des guten Ergebnisses liegt das Wirtschaftswachstum im Land Brandenburg weiterhin unter dem Durchschnitt der alten und der neuen Bundesländer. Eine der Ursachen dafür ist der geringe Besatz mit Industrieunternehmen, die in den letzten Jahren maßgeblich zum Wirtschaftswachstum beigetragen haben. Während in Deutschland durchschnittlich 56 Industriebetriebe mit mehr als 20 Beschäftigten auf 100.000 Einwohner

kommen, sind es in Brandenburg nur 42. Darüber hinaus sind deutschlandweit wachstumsstarke bzw. wertschöpfungsintensive Branchen im Land Brandenburg entweder nur unterdurchschnittlich vertreten oder entwickeln sich nicht mit der gleichen Dynamik. Außerdem sind die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe - was die Beschäftigung anbelangt - kleiner, was allerdings klar ein ostdeutsches Spezifikum ist. Liegt der Durchschnitt der Beschäftigten in den alten Bundesländern bei 137 Beschäftigten je Industriebetrieb, sind es in den neuen Bundesländern im durchschnittlich nur 84. In engem Zusammenhang mit der Unternehmensgröße stehen auch die geringe Exportorientierung eines Großteils der Unternehmen sowie unterdurchschnittliche F&E-Aktivitäten, die sich ebenfalls wachstumshemmend auswirken dürften.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung im Land Brandenburg im Jahr 2006 resultierte entstehungsseitig aus einer Erhöhung der realen Bruttowertschöpfung in allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme des Bereiches Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (-1,5%). Wachstumsmotor war mit einem Zuwachs von +6,4% das Verarbeitende Gewerbe. Zum ersten Mal seit 10 Jahren leistete auch das Baugewerbe wieder einen positiven Beitrag zur Bruttowertschöpfung (+3,0%). Die Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen stieg um +1,7%.

2. Entwicklungen in der Abfallgesetzgebung und im Gesetzesvollzug

Mit der am 12.07.2006 erfolgten Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union konnte die neue **EG-Verordnung über die Verbringung von Abfällen** in Kraft treten. Die neue Verordnung gibt den Mitgliedstaaten der EU die Möglichkeit, den Export von Abfällen zu verhindern, wenn die nationalen hohen Entsorgungsstandards durch niedrigere Anforderungen im Ausland unterlaufen werden sollen. Außerdem besteht nach Einschätzung des Bundesumweltministeriums nun Planungssicherheit für den Restmüll aus privaten Haushalten, da er nicht mehr dem freien Warenverkehr unterliegt.

Mit der neuen Verordnung wird der Schutz nationaler ökologischer Entsorgungsstandards weiterentwickelt. Deutsche Behörden können so zum Beispiel verhindern, dass hoch belastetes Altholz aus Deutschland im Ausland zu Spanplatten verarbeitet wird und als Kleiderschrank nach Deutschland zurückkommt. Darüber hinaus können Abfallexporte verhindert werden, wenn die geplante Verwertung nicht europäischen Standards entspricht.

Die neue Verordnung stärkt auch die so genannte Hausmüllautarkie: Exporte von gemischten Siedlungsabfällen aus privaten Haushaltungen (Restmüll) können von den Behörden künftig verhindert werden, unabhängig davon, ob die Abfälle beseitigt oder verwertet werden sollen. Diese Bestimmung basiert auf einem deutschen Vorschlag.

Die Verordnung, die in den Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht ist, ist entsprechend ihrer Übergangsbestimmungen ein Jahr nach der Veröffentlichung, also ab Mitte 2007, anzuwenden.

Im Bundesgesetzblatt vom 20.07.2006 ist das **Gesetz zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung** veröffentlicht worden. Das Gesetz trat zu Teilen am 21.07.2006 in Kraft, Teile werden aber auch erst zum 01.02.2007 wirksam. Das Gesetz beinhaltet Änderungen einer Reihe von abfallrechtlichen Gesetzen und Verordnungen. Verschiedene Bestimmungen gelten der Umstellung der Nachweise für die Entsorgung gefährlicher Abfälle auf das elektronische Nachweisverfahren, allerdings sind zur Vermeidung von Belastungen der Wirtschaft die bisherigen Vordrucke bis zum Inkrafttreten der obligatorischen Nachweisführung im elektronischen Verfahren zu verwenden.

3. Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden in Berlin und Brandenburg

Am 05. April 2006 hatte das Landesumweltamt Brandenburg zu einem erneuten Informationstag der Umweltbehörden der Länder Berlin und Brandenburg zur Umsetzung der Entsorgungsfachbetriebeverordnung (EfbV) und der Entsorgungsgemeinschaftenrichtlinie (EGRL) nach Potsdam eingeladen. Erörtert wurden dort Erfahrungen der Entsorgungsgemeinschaften und der Sachverständigen innerhalb eines Jahres nach Einführung der neuen LAGA-Vollzugshilfe Entsorgungsfachbetriebe.

Eine zweite Veranstaltung am 24. November 2006 in Berlin vertiefte die Thematik. Ferner wurde bei dieser Zusammenkunft das Ergebnis einer rechtlichen Auseinandersetzung zwischen einer Entsorgungsgemeinschaft und der Überwachungsbehörde erläutert und diskutiert. Des Weiteren informierten Behörden- und Vertreter aus Entsorgungsgemeinschaften und Sachverständigenorganisationen über gesammelte Erfahrungen mit der neuen Regelung zum Zertifizieren der Tätigkeit „Einsammeln“ besonders überwachungsbedürftiger Abfälle. Die Behördenvertreter informierten über die Neuregelungen im Nachweisrecht.

Bei beiden Zusammenkünften informierten die Behördenvertreter traditionell über den Zertifizierungsstand in der Region.

4. Interessenbündelung der Entsorgungsgemeinschaften

Im Berichtsjahr setzte die im Jahr 2004 gegründete EVGE (Europäische Vereinigung der Gemeinschaften zur Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben e. V.), der die ESA von

Anbeginn an angehört, ihre Arbeit als Dachorganisation der Entsorgungsgemeinschaften fort. Im Mittelpunkt standen dabei Diskussionen um die Novellierung der EU-Abfallrahmenrichtlinie und das Bemühen, das Instrument Entsorgungsfachbetrieb dort zu verankern.

Die EVGE hat dazu anlässlich der Zusammenkunft ihres Vorstandes am 23.06. in Prag in einer Stellungnahme gegenüber dem Umweltausschuss des Europäischen Parlaments eine stärkere Privilegierung zertifizierter Entsorgungsfachbetriebe in der zur Novellierung anstehenden EU-Abfallrahmenrichtlinie gefordert. Die EVGE erkennt in der Novellierung eine geeignete Basis, den Gedanken der Qualitätssicherung im Rahmen einer auf die Entsorgungsunternehmen zugeschnittenen Branchenlösung, nämlich des Entsorgungsfachbetriebs, europaweit zu stärken.

Die EU-Kommission hatte am 21.12.2005 einen offiziellen Entwurf für eine „Richtlinie des europäischen Parlaments und des Rates über Abfälle“ vorgelegt. In diesem Entwurf finden bisher freiwillige Zertifizierungen von Unternehmen, wie beispielsweise die Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb oder zu EMAS keine Berücksichtigung. Ebenso ist keine Privilegierung oder Erleichterung für eine derartige Zertifizierung vorgesehen.

Die Zertifizierung von Entsorgungsunternehmen im Rahmen der Entsorgungsfachbetriebe-Zertifizierung trägt, wie bereits in mehreren Studien nachgewiesen wurde, erheblich zur Verbesserung der Dienstleistungen und insbesondere auch der Umweltleistungen von Entsorgungsunternehmen bei. Das Entsorgungsfachbetriebe-Zertifikat erleichtert den Behörden die Einschätzung bzw. die Überprüfung der Zuverlässigkeit der handelnden Personen, der betrieblichen Dokumentationen von Abfallströmen, des ausreichenden Versicherungsschutzes und der entsprechenden organisatorischen Ausstattung des gesamten Unternehmens. Insofern ist die Entsorgungsfachbetriebe-Zertifizierung ein elementarer Nachweis von Zuverlässigkeit und Kompetenz eines Betriebes. Diese freiwillige Zertifizierung, die gegenwärtig von Betrieben in Deutschland, Österreich, der Slowakischen und der Tschechischen Republik durchgeführt wird, rechtfertigen nach Auffassung der EVGE durchaus an geeigneten Stellen der EU-Abfallrahmenrichtlinie eine Privilegierung bzw. Erleichterungen gegen Vorlage des Entsorgungsfachbetriebe-Zertifikates oder vergleichbarer Zertifikate.

Vor diesem Hintergrund hat die EVGE vier konkrete Ergänzungsvorschläge zur Aufnahme in die Rahmenrichtlinie entwickelt, die dem EU-Parlament übersandt wurden.

Ferner setzten sich die in der EVGE zusammengeschlossenen deutschen Entsorgungsgemeinschaften für eine Erleichterung bei Genehmigungsgebühren für Entsorgungsfachbetrieb ein. Anlaß waren derartige Festlegungen in Bayern und Nordrhein-Westfalen, die allerdings in der Region Berlin-Brandenburg bislang keine Nachahmung fanden.

Die EVGE-Mitgliederversammlung am Rande der Branchenmesse Entsorga in Köln fasste den Beschluss, die Anstrengungen zur Entwicklung eines europäischen Mindeststandards für Entsorgungsfachbetriebe innerhalb des kommenden Jahres zum Abschluss zu bringen, um in Ländern, in denen der Entsorgungsfachbetrieb noch nicht oder noch nicht fest etabliert ist, eine stärkere Akzeptanz dieser branchenbezogenen Form der Qualitätssicherung zu erzielen.

Bei der im Berichtsjahr satzungsgemäß stattfindenden Vorstandswahl wurden die bisherigen Amtsträger in ihren Funktionen bestätigt. Ferner informierte die EVGE über den satzungsgemäß im Jahresrhythmus stattfindenden Wechsel der Sprecherfunktion des Arbeitsausschusses. Diese Aufgabe, die 2006 Gerd Bretschneider, Geschäftsführer der Entsorgungsgemeinschaft Abfall Berlin-Brandenburg e. V., Berlin innehatte, übernimmt zum 01.01.2007 Wolfgang Büchler, Geschäftsführer des Vereins zur Verleihung des Zertifikates eines Entsorgungsfachbetriebes, V.EFB, Wien.

Rund 70 Sachverständige konnte die EVGE am 18. Januar 2006 zur ersten Schulung für die Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben nach ElektroG in Bonn begrüßen. Hintergründe der Schulung waren einerseits die mit Inkrafttreten des ElektroG wirksamen Neuregelungen in der Elektro- und Elektronikschrottentorgung mit ihren Auswirkungen auf die in diesem Bereich zertifizierten Entsorgungsfachbetriebe und andererseits das Bestreben der in der EVGE zusammengeschlossenen Entsorgungsgemeinschaften, möglichst gleichwertige Qualitätsstandards in der Überwachung von Entsorgungsfachbetrieben zu sichern.

5. ESA-Arbeit, Mitgliederbetreuung und Tätigkeit der ESA-Gremien

Neben der Zertifizierung der Entsorgungsfachbetriebe stand im Jahr 2006 das Engagement für die EVGE in besonderem Fokus. Durch die Ausübung der Funktion des Sprechers des Arbeitsausschusses der EVGE durch den ESA-Geschäftsführer konnte ESA-seitig die EVGE-Arbeit aktiv mitgestaltet werden. Dennoch wurden bei der ESA-internen Arbeit keine Abstriche gemacht.

Am 26. September 2006 fand die **Mitgliederversammlung** der ESA statt. Nach einer informativen Besichtigung der Sortieranlage zur Sortierung von DSD/LVP-Abfällen am Hultschiner Damm in Berlin begrüßte der ESA-Vorsitzende Ulrich Schulz Mitglieder und Gäste im Restaurant St. Hubertus zum satzungsgemäßen Teil der Veranstaltung.

Geschäftsbericht



Erläuterung der Funktion der LVP-Sortieranlage in Berlin-Biesdorf

Nach dem Bericht des Vorstandes und der Geschäftsführung, in dem der Vorsitzende einen Überblick über die Schwerpunkte der Tätigkeit der ESA im Jahr 2005 gab, zog Bernhard Lemmé als Ausschussvorsitzender ein Resumée der Tätigkeit des Überwachungsausschusses im Berichtsjahr. Nach der Erläuterung der Jahresrechnung und dem Bericht der Rechnungsprüfer wurde Vorstand und Geschäftsführung Entlastung erteilt.



Traditionell schloss auch 2006 die ESA-Mitgliederversammlung mit einem gemeinsamen Abendessen